



Medienmitteilung

Zürich, 28. Oktober 2021

Beschlüsse der Kommissionen

KJS: Schweizer Bürgerrecht für Angehörige der Zürcher Polizeikorps

Die Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit (KJS) beantragt dem Kantonsrat mit 9 zu 5 Stimmen, der parlamentarischen Initiative «Schweizer Bürgerrecht für Angehörige der Zürcher Polizeikorps» zuzustimmen ([KR-Nr. 390/2020](#)). Das Polizeiorganisationsgesetz soll neu festhalten, dass die Angehörigen der Polizei ab Beginn der Ausbildung über das Schweizer Bürgerrecht verfügen müssen. Die Kommissionsmehrheit ist der Ansicht, dass das Schweizer Bürgerrecht eine Grundvoraussetzung für die Ausübung von Staatsgewalt bildet. Polizeiangehörige aller Polizeikorps sollen somit wie Staatsanwälte und Richterinnen über das Schweizer Bürgerrecht verfügen, und zwar bereits ab Beginn der Ausbildung. Die Einbürgerung vor Ausbildungsantritt sei für die Bewerberinnen und Bewerber zumutbar. Dies entspricht auch der Haltung des Regierungsrates.

KJS-Präsident: Tobias Mani (EVP, Wädenswil), 079 619 56 53

STGK: Änderung der Gemeindeverordnung zur Genehmigung beantragt

Die Kommission für Staat und Gemeinden (STGK) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, die Änderung der Gemeindeverordnung (VGG) zu genehmigen ([5737](#)). Damit folgt sie dem Antrag des Regierungsrates. Bei der beantragten Änderung handelt es sich um den Nachvollzug eines Beschlusses auf Bundesebene sowie um die Übernahme einer neuen Branchenregelung. Die Anpassungen sind nicht inhaltlicher Natur und betreffen nur die Anhänge der Verordnung. Die STGK hat der Geschäftsleitung des Kantonsrates beantragt, die Vorlage, die bereits am 1. Januar 2022 in Kraft treten soll, im schriftlichen Verfahren zu behandeln.

STGK-Präsident: Stefan Schmid (SVP, Niederglatt), 079 541 53 76

ABG: Geschäftsbericht 2020 der Universität soll genehmigt werden

Die Aufsichtskommission für Bildung und Gesundheit (ABG) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, den Geschäftsbericht der Universität Zürich (UZH) zu genehmigen ([5705](#)). Das Geschäftsjahr war von den Herausforderungen der Corona-Pandemie für den Lehr- und Forschungsbetrieb geprägt. Durch die Pandemie erhielten die Vorhaben im Rahmen der Digitalisierungsinitiative eine zusätzliche Dringlichkeit. Das (Fehl-)Verhalten einzelner Lehrstuhlinhaber im medizinischen Bereich hat einige Fragestellungen aufgeworfen. Insgesamt konnte die UZH das Pandemiejahr dank dem besonderen und grossen Einsatz der Mitarbeitenden und Führungsgremien gut meistern.

ABG-Präsidentin: Claudia Frei-Wyssen (GLP, Uster), 078 684 77 28



ABG: Geschäftsbericht 2020 der Zürcher Fachhochschulen soll genehmigt werden

Die Aufsichtskommission für Bildung und Gesundheit (ABG) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, den Geschäftsbericht der Zürcher Fachhochschule (ZFH) zu genehmigen ([5706](#)). Unter dem Dach der ZFH sind drei Institutionen zusammengefasst: die Zürcher Hochschule der Angewandten Wissenschaften (ZHAW), die Zürcher Hochschule der Künste (ZHdK) und die Pädagogische Hochschule Zürich (PHZH). Alle drei Fachhochschulen waren durch die Herausforderungen der Corona-Pandemie für den Lehr- und Forschungsbetrieb gefordert. Es gelang ihnen, den Studierenden auch unter erschwerten Bedingungen den Studienabschluss und das Erbringen der Leistungsnachweise zu ermöglichen. Die ZHAW hat im Berichtsjahr zudem die institutionelle Akkreditierung durch den Bund erhalten, bei ZHdK und PHZH wird sie im laufenden Jahr erwartet.

ABG-Präsidentin: Claudia Frei-Wyssen (GLP, Uster), 078 684 77 28

Auf dem vorliegenden Bulletin sind alle publikationsreifen Beschlüsse festgehalten, die seit dem letzten Bulletin von Kommissionen gefasst und noch nicht kommuniziert wurden.